

"Frankreich bremst in Brüssel" in Der Abend (24. November 1970)

Legende: Am 24. November 1970 berichtet die deutsche Tageszeitung Der Abend über die Debatten des Rates der Außen- und der Finanzminister über den Werner-Bericht zur Machbarkeit einer Wirtschafts- und Währungsunion. Die Zeitung hebt die Meinungsunterschiede diesbezüglich zwischen Frankreich und seinen Partnern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hervor.

Quelle: Der Abend. 24.11.1970. Berlin. "Frankreich bremst in Brüssel".

Archives familiales Pierre Werner, Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Der Abend

URL: http://www.cvce.eu/obj/frankreich_bremst_in_brussel_in_der_abend_24_november_1970-de-8e2a3ebb-6665-

1/2

4ef3-bf1b-84e56a864283.html **Publication date:** 18/12/2013

18/12/2013



Frankreich bremst in Brüssel

Zur Währungsunion der EWG-Länder ist es noch ein weiter Weg

BRUSSEL, 24. Nov. (dpa)

Grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und seinen Partnern in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), darunter der Bundesrepublik, wurden gestern in Brüssel bei der ersten Debatte des EWG-Ministerrats über den Werner-Plan zur Bildung einer Wirtschaftsund Währungsunion deutlich. Die Außen- und Wirtschaftsminister der Sechs vermieden jedoch jede Konfrontation und packten die "heißen Eisen" dieses großen Planes der EWG bewußt nicht an.

Sie beauftragten ihre ständigen Vertreter in Brüssel, für eine neue Ratssitzung am 14. Dezember gemeinsame Vorschläge auszuarbeiten. Diese Richtlinien an ihre Botschafter enthielten einen Neun-Punkte-Katalog mit den umstrittenen Problemen der am 1. Januar 1971 beginnenden ersten dreijährigen Stufe einer Wirtschaftsund Währungsunion.

Danach bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob auf einer Regierungskonferenz am Ende der ersten Dreijahresstufe Änderungen des EWG-Vertrages vorgenommen wer-



GAB DEM PLAN DEN NAMEN: Der luxemburgische Premier- und zugleich Finanzminister Pierre Werner (links), der sich hier mit Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller unterhält, war Vorsitzender einer Kommission, die die Vorschläge zur stufenweisen Bildung einer Währungs-Union innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgearbeitet hat. Diese Vorschläge sind unter der Bezeichnung "Werner-Plan" bekanntgeworden.

den müssen. Über die erforderliche Parallelität im wirtschafts- und währungspolitischen Bereich sowie die Übertragung nationaler Befugnisse auf Gemeinschaftsorgane sind die Ansichten ebenfalls geteilt. Verschiedene Meinungen gibt es außerdem über den Ausbau der parlamentarischen Kontrolle, über die Gleichrangigkeit des Zieles der wirtschaftlichen Stabilität und des Wachstums sowie über die politische Festlegung auf die Endstufe der Währungsunion.

Nur im Grundsatz, daß eine erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1971 beginnen sollte und daß andere Stufen folgen müssen, stimmten die Minister überein.

Während die Bonner Delegation von Holland und Luxemburg unterstützt — "Besorgnisse" darüber äußerte, daß die EWG-Kommission in ihren Ausführungsvorschlägen den Werner-Plan abgeschwächt habe, hielt

2/2

Frankreichs Außenminister Maurice Schumann gerade diese Kommissionsvorschläge für diskutabel.

Schumann machte klar, daß der Werner-Plan der französischen Regierung zu weit geht, weil er schon beim Beschluß über eine erste Stufe die Partner auf eine Übertragung der nationalen Souveränität auf die Gemeinschaft in der Wirtschafts- und Währungspolitik und auf die Bildung von zwei übernationalen Institutionen festlegen will.

Dagegen sagte Staatssekretär Dr. Johann Baptist Schöllhorn, die Bundesregierung stimme dem Werner-Plan zu, akzeptiere seine Schlußfolgerungen und sei zu einem entsprechenden Entschluß im Rat darüber bereit. An den Vorschlägen der EWG-Kommission kritisierte Schöllhorn, sie gäben der Anpassung in der Währungspolitik Vorrang vor der Anpassung in der Wirtschaftspolitik der sechs EWG-Länder.

18/12/2013